

PRESSEMITTEILUNG

Wohnungs- und Energiewirtschaft in Sachsen fordern entschlossenes Handeln für bezahlbares Wohnen, Strom und Wärme – auch nach der Bundestagswahl

Dresden, 10. Februar 2025. Die steigenden Kosten für Wohnen, Strom und Wärme setzen Mieter und sächsische Wohnungsunternehmen zunehmend unter Druck. Damit bezahlbares Wohnen auch in Zukunft gesichert bleibt, fordern der Verband kommunaler Unternehmen Landesgruppe Sachsen (VKU), der Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e. V. (VSWG) und der vdw Sachsen – Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V. gemeinsam entschlossene Maßnahmen von der nächsten Bundesregierung.

Die Bezahlbarkeit des Wohnens muss durch tragbare Mieten und Energiekosten gewährleistet bleiben. Geht es so wie in den vergangenen drei Jahren weiter, hätte dies nicht nur fatale wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Folgen und würde endgültig eine ausgewogene Klima- und Wohnungspolitik verhindern.

„Es ist Zeit für wirksame, pragmatische und zielgerichtete Maßnahmen durch verlässliche Rahmenbedingungen. Wohnungsunternehmen sind keine Selbstverständlichkeit in Wirtschaft und Gesellschaft – wir kämpfen tagtäglich gegen Kostensteigerungen, um unsere soziale Verantwortung und bezahlbaren Wohnraum zu erhalten“, betont VSWG-Vorstand Mirjam Philipp.

„Die Grenzen der Belastbarkeit der sozial orientierten Vermieter und der Menschen, die bei uns wohnen, sind erreicht. Sie dürfen nicht mit teilweise völlig verfehlten, überdimensionierten Vorgaben erdrückt werden, wenn wir die gemeinsamen Ziele bei Klimaschutz und Bezahlbarkeit realisieren wollen. Die Politik darf uns dabei als Partner sehen, nicht aber als Erfüllungsgehilfen oder gar Gegner!“, erklärt vdw-Verbandsdirektor Alexander Müller.

Ihre Forderungen an die zukünftige Bundesregierung haben die zwei Wohnungsverbände mit ihrem mitteldeutschen Forderungspapier vorgelegt. Denn nicht nur in Sachsen, sondern auch in Mitteldeutschland sind die Voraussetzungen nahezu gleich. Auch die Verbände der sozial orientierten Wohnungswirtschaft in Thüringen und Sachsen-Anhalt fordern im Ergebnis, dass die nächste Bundesregierung den Blick auf das Refinanzierungspotential der nicht gewinnorientierten Wohnungswirtschaft richten muss. Das kann erreicht werden, indem Bürokratie abgebaut und die übermäßige Regulierung begrenzt wird. Zielgerichtete Förderprogramme für eine nachhaltige Wohnraumfinanzierung schaffen Anreize. Eine faire Lastenverteilung zwischen Staat, Wohnungsunternehmen und Mietern muss sichergestellt werden.

Desgleichen fordert die kommunale Energiewirtschaft einen tauglichen Investitionsrahmen, der die Projekte der Energiewende wirtschaftlich macht. Schließlich müssen die hohen Investitionskosten in den Rechnungen abgebildet werden, weshalb Kosteneffizienz im Gesamtsystem von großer Bedeutung ist. VKU-Landesgeschäftsführer Dr. Florian Gräßler stellt fest: „Immer wieder hören wir: ‚Wind und Sonne schreiben keine Rechnung‘. Doch wir dürfen die beträchtlichen Investitions- und Systemkosten dahinter nicht ausblenden und müssen unsere Leistungen der Daseinsvorsorge bezahlbar halten. Kostendämpfung und soziale Abfederung sind unbedingt notwendig und eine staatliche Aufgabe. Die Transformationskosten dürfen nicht zum endlosen Preistreiber werden.“

Ohne entschlossenes Handeln drohen drastische wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen. Mit Pragmatismus muss eine klimafreundliche wie bezahlbare Energie- und Wohnungspolitik geschehen. Die nächste Bundesregierung ist gefordert, diese Weichenstellungen nicht länger aufzuschieben.